

Demo für Aufhebung des KPD-Verbotes

Kommunisten fordern Entschädigung und Rehabilitation ihrer alten Parteigänger

PS. Rund 200 Demonstranten sind am Samstag durch die Innenstadt gezogen, um gegen das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) und für dessen Aufhebung zu demonstrieren. Vor genau 60 Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht elf Jahre nach der Beantragung und nach 50 Verhandlungstagen das Verbot ausgesprochen, die entsprechenden Vermerke wurden kürzlich veröffentlicht (die BNN berichteten).

Als widerrechtlich bezeichnete der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Patrik Köbele, das Urteil bei der dem Demonstrationszug vorausgehenden Kundgebung auf dem Ludwigsplatz. Im Jahre 1956 habe man all diejenigen verurteilt, die eingetreten seien gegen die Wiederbewaffnung, gegen das Großkapital und für ein vereinigtes Deutschland. Das damit einhergehende Berufsverbot habe erneut, wie bereits im Dritten Reich, Existenzen vernichtet und zu einer gesellschaftlichen Ächtung geführt, erklärte er die Sicht der Kommunisten. Bis heute seien diese Menschen nicht rehabilitiert, Entschädigungen seien nicht erfolgt.

Als Heuchelei bezeichnete Köbele die Aussagen der Regierung, man könne ein Urteil des höchsten Gerichtes nicht auflösen. Er forderte die Demonstranten auf, die Debatte aufzunehmen und damit auch die kommunistische Jugend sowie die Arbeitnehmerbewegung zu stärken.

„Deutschland ist die einzige europäische Demokratie mit einem KPD-Verbot“, erklärte die Bundestagsabgeordnete Karin Binder in ihrer Ansprache.

Unter dem Deckmantel der Sozialen Marktwirtschaft seien Gegner gegängelt und vom Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellt worden, sagte die Politikerin der Linken. Opfer, die das Hitler-Regime überlebt hatten, seien wieder verfolgt und diskriminiert worden. Alles, was links der SPD stand, sei als verfassungswidrig bezeichnet und die Menschen mit einem Berufsverbot im öffentlichen Dienst geächtet worden, führte sie aus. Damit müsse nun

endlich Schluss sein, forderte Binder und sparte nicht an Kritik an der damaligen Regierung Adenauers.

„Die Kommunisten in Deutschland sind nicht tot zu kriegen und treten nach wie vor gemeinsam an gegen Großkapital, Militarismus und Faschismus“, sagte der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hans-Peter Brenner. Der Protestmarsch durch die Innenstadt in die Südstadt endete am Spätnachmittag in der Walhalla, wo Vertreter der DKP und in den 50er und 60er-Jahren führende Mitglieder der FDJ und der illegalen KPD-Führung zur Podiumsdiskussion luden.

Streit um Rechte von Verfassungsgegnern



200 DEMONSTRANTEN gegen das KPD-Verbot zogen am Samstag durch die Stadt, die der Sitz des Bundesverfassungsgerichts ist. Foto: jodo